



## Antrag

Fraktion AfD

### **Sachsen-Anhalt ist kein Standort für ein Atommüll-Endlager!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass durch die erneute Bekundung des Freistaates Bayern, für ein Endlager nicht zur Verfügung zu stehen und dabei das wissenschaftliche Auswahlverfahren der Bundesgesellschaft für Endlagerung infrage zu stellen, der bisher erreichte bundeseinheitliche Konsens bei der Endlagersuche - durch eine derartige Verweigerungshaltung - aufgekündigt wird.

Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf, eine verbindliche Erklärung zu verfassen, dass Sachsen-Anhalt nicht für die Errichtung eines Atommüll-Endlagers zur Verfügung steht und auch zukünftig kein Atommüll, der außerhalb Sachsen-Anhalts erzeugt wird, auf dem Gebiet des Landes Sachsen-Anhalt eingelagert wird.

### **Begründung**

Wir in Sachsen-Anhalt besitzen bereits ein Endlager, in das von 1981 bis 1998 37.000 Kubikmeter schwach- und mittelaktive radioaktive Abfälle eingelagert wurden. Dies betrifft sowohl radioaktive Abfälle aus der ehemaligen DDR als auch radioaktive Abfälle aus den alten Bundesländern ab 1990.

Zum Vergleich: Für das Atommüll-Endlager sind hochgefährliche Abfälle in 1.900 Behältern - die 27.000 Kubikmetern entsprechen - vorgesehen!

Die erforderliche Umrüstung der Grube Bartensleben, als Voraussetzung, um mit der Verfüllung und damit Stilllegung des Endlagers zu beginnen, wird noch 10 bis 15 Jahre in Anspruch nehmen. Mit dieser Aufgabe ist Sachsen-Anhalt - schon im Hinblick auf das Planfeststellungsverfahren für die endgültige Stilllegung, deren Genehmigung und die Begleitung der Forschungsarbeiten für eine sichere Lagerung der ra-

(Ausgegeben am 07.10.2020)

radioaktiven Abfälle im Salz - mehr als ausgelastet. Hinzu kommen unzählige Endlosaufgaben im Bereich der Altlastenentsorgung, für die mittlerweile die Mittel ausgeschöpft sind.

Weiterhin leistet das Land Sachsen-Anhalt einen Hauptbeitrag innerhalb des parallel zum Ausstieg aus der Kernenergie verlaufenden „Kohleausstiegs“, dessen Konsequenzen und Folgen, die sich daraus für das Land ergeben, tatsächlich noch wenig absehbar sind.

Zudem konzentriert sich die Kernenergie in Deutschland in einigen West-Bundesländern, für die Sachsen-Anhalt maßgeblich Strom aus erneuerbaren Energien bereitstellt, um den von Bundeskanzlerin Angela Merkel beschlossenen Atomausstieg erst zu ermöglichen und die dortige Konzentration der Schwerindustrie mit deren enormem Energiebedarf am Leben und am Laufen zu halten. Die Kosten für den Netzausbau in den Südwesten und die zunehmende Regulierung des Stromnetzes hat über Jahre einseitig die ostdeutsche Bevölkerung auf ihrer Stromrechnung getragen.

Weiterhin fehlt der generelle Bezug zu einer Bekundung der Bundesländer, Forschungsaktivitäten zu initiieren, die Lösungen entwickeln, dass der vorhandene Atom Müll eben nicht mehr als Müll betrachtet wird, sondern als möglicher Wertstoff bzw. Energieträger für neue Technologien.

Die vorgebrachte Argumentation des bayerischen Ministerpräsidenten - im Hinblick der Besiedlungsdichte und Erholungsfunktion des bayerischen Eignungsgebietes - ist einerseits Prüfkriterium zu einem späteren Zeitpunkt der Endlagerfindung und betrifft andererseits ebenso Landschaften in Sachsen-Anhalt. Die Altmark ist ebenso so viel „wert“ wie der Chiemsee!

Oliver Kirchner  
Fraktionsvorsitzender